

Landwirtschaftsdialog bei der Bundeskanzlerin

2. Dezember 2019

Nach den Bauernprotesten im Oktober 2019 hatte die Kanzlerin einen Dialog angekündigt und Anfang November über das Bundeskanzleramt dazu eingeladen. Am 2. Dezember trafen sich im Kanzleramt. Insgesamt waren 39 Vertreterinnen und Vertreter von Verbänden aus der Landwirtschaft (mit max. je 2 Personen) eingeladen – von der AbL und dem BÖLW bis zum DBV und DLG, die Bioenergiebranche, aber auch Schweinehalter, Geflügelzüchter, Milchwirtschaft bis zum Saatgutbereich und die Bildungszentren im Ländlichen Raum, ebenso die Jugendverbände, konfessionell gebunden oder auch nicht. Ebenfalls eingeladen waren Vertreter von Land schafft Verbindung, die die Proteste ins Leben gerufen hatten, und Bauer „Willi“ als Initiator der grünen Kreuze eingeladen. Für die KLB waren Korbinian Obermayer, der Bundesvorsitzende, und Bettina Locklair, die Bundesgeschäftsführerin, anwesend. Das Treffen dauert insgesamt 3 Stunden und wurde mit kurzen Statements der Kanzlerin und der Bundeslandwirtschaftsministerin eingeleitet. Anschließend haben die Vertreterinnen und Vertreter der Anwesenden Verbände kurze Statements zu den Herausforderungen an Landwirtschaft und Politik getätigt.

Von Seiten der Politik waren Abgeordnete der Regierungskoalitionsparteien da, die zuhörten (wurde von der Kanzlerin betont, dass dies ihre Aufgabe sei): CDU/CSU Gitta Connemann, Albert Stegemann, Artur Auernhammer; SPD Rainer Spiering und Matthias Miersch.

Frau Merkel machte deutlich, dass der Dialog nicht nur ein Zeichen der Wertschätzung und des Respektes ein soll. Ganz faktisch müsse und wolle man den Herausforderungen, die sich der Landwirtschaft stellen, gemeinsam begegnen und gemeinsam nach tragfähigen Lösungen suchen. Sie betonte, dass Landwirtschaft ein Teil deutscher Kultur und Identität sein. Einerseits gebe es hohe Auflagen für die Arbeit in der Landwirtschaft, andererseits aber auch dramatische Probleme bei der Artenvielfalt, der Grundwasserbelastung und dem Klimawandel. Landwirtschaft sieht sie als Teil der Lösung und erkennt den Bedarf an Berechenbarkeit und Verlässlichkeit für die Zukunft.

Im Herbst 2020 wird diese Runde erneut zusammenkommen, bis dahin wird über das BMEL ein Nationale Dialogforum ins Leben gerufen und organisiert, das am 21.1. seit Start haben wird.

Nach dem Auftakt bei der IGW wird das Forum in die Regionen gehen und vor Ort die Menschen und Verbände ins Gespräch miteinander bringen. Daneben wird es vom BMEL eine Wertschätzungskampagne geben und der Runde Tisch Insektenschutz (BMU und BMEL) gemeinsam mit der Landwirtschaft die Maßnahmen zum Insektenschutz betrachten und prüfen. Die Kanzlerin kündigte ebenso an, ein Treffen mit dem Handel durchführen zu wollen, damit auch das Thema unlauterer Wettbewerb behandelt werden kann.

In Bezug auf die Düngeverordnung haben sowohl die Kanzlerin als auch die Landwirtschaftsministerin deutlich gemacht, dass es hier kaum Verhandlungsspielraum gibt. Zu lange wurde im Bereich Düngung trotz der Vorgaben aus der EU nichts getan. Weiteres Zögern würde Deutschland 800.000€ Strafe täglich kosten.

Beim Tierwohl wird die sog. Borchertkommission im Februar Ergebnisse veröffentlichen. Gleichwohl sollen auch hier gemeinsam die Fragen rechtlicher Hindernissen und Umsetzungsfragen/-zeiträume betrachtet werden.

In den einzelnen Statements wurde der Auftakt des Dialoges begrüßt und ebenso begrüßt, dass er weitergeführt wird. Zu den einzelnen Herausforderungen wurde zwar durchaus unterschiedliche Auffassungen vertreten, aber letztendlich war niemand dabei, der den Änderungsbedarf in der Landwirtschaft negierte. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Verlässlichkeit und Übergangphasen mit Unterstützung von allen als notwendig erachtet wurden. Ebenso wurde gefordert im Rahmen einer Zukunftskommission über die Landwirtschaft nachzudenken, die wir in 10 und 20 Jahren haben wollen. Zum Teil wurde Analogien zur Kohlekommission gezogen.

Vermerk Landwirtschaftsdialog, 2.12.2019, BL

Korbinian Obermayer machte anhand der Anbindehaltung in Bayern deutlich, dass die Bäuerinnen und Bauern eine Übergangslösung und -begleitung benötigen, damit sie sich auf die Rahmenbedingungen, die dann verlässlich sein müssen, einstellen können. Die Fördermittel über die GAP unterstützen aus seiner Sicht letztendlich die VerbraucherInnen, die zu niedrige Preise zahlen.

Folgende Gesprächsergebnisse wurden festgehalten:*

1. Einrichtung einer "Zukunftskommission Landwirtschaft", die unter Einbindung von Praktikern, Wissenschaftlern und gesellschaftlichen Akteuren, praxistaugliche Wege für eine produktive und ressourcenschonende Landwirtschaft aufzeigen wird. Der Deutsche Bauernverband und das Aktionsbündnis "Land schafft Verbindung" sollen in Gesprächen mit den vielen unterschiedlichen Interessenvertretungen der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft um ein Verhandlungsmandat für die gesamte landwirtschaftliche Branche werben.
2. Im Herbst 2020 wird es ein weiteres Treffen der heutigen Runde im Bundeskanzleramt geben, um bis dahin erreichte Ergebnisse und Fortschritte sowie weiteren Handlungsbedarf zu besprechen.
3. Es wird ein Treffen der Bundeskanzlerin und Bundesministerin Julia Klöckner mit dem Handel im Bundeskanzleramt geben: Lebensmittel zu Tiefstpreisen haben Auswirkungen auf die Bauernfamilien und die Wertschätzung. Wenn etwa Fleisch zu Centpreisen und als Lockangebot beworben werde, sind viele nicht mehr bereit, mehr zu bezahlen. Mehr Tierwohl aber kostet auch mehr Geld.
4. Start eines nationalen Dialogforums zur Landwirtschaft durch das Bundesministerium sowie einer Informationskampagne zur besseren gegenseitigen Wertschätzung. In landesweit stattfindenden Veranstaltungen soll ein Beitrag zur Aufklärung und für Verständnis über die wichtige Arbeit der Landwirte geleistet werden. Die Veranstaltungen werden mit der Grünen Woche im Januar beginnen und an verschiedenen Orten in Deutschland stattfinden.
5. Zum Umbau der Tierhaltung muss die Finanzierungsfrage beantwortet werden. Dazu erarbeitet eine Kommission unter Leitung des früheren Bundeslandwirtschaftsministers Jochen Borchert im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums Vorschläge. Die Ergebnisse werden in der ersten Jahreshälfte 2020 vorgestellt.
6. Das BMEL wird noch dieses Jahr eine Ackerbaustrategie vorlegen, die Lösungswege für bestehende Zielkonflikte zwischen Ertragssicherung und Umwelt- und Klimaschutz aufzeigt.
7. Landwirtschaftsministerium und Umweltministerium werden gemeinsam zu einem Runden Tisch "Landwirtschaft und Insektenschutz" einladen – die Bauernschaft wird bei den weiteren Schritten wirkungsvoll beteiligt.
8. Eins-zu-eins-Umsetzung der UTP-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken, Stärkung der landwirtschaftliche Erzeuger und Lieferanten gegenüber dem Handel.
9. Auf funktionierende Umweltprogramme soll aufgebaut werden. Kooperationsmodelle wie in den Niederlanden oder die Ausweitung der nachhaltigen FRANZ-Projekte werden geprüft. Ebenso Konzepte, die die Branche vorlegt, um Insekten- und Biodiversitätsschutz und Landbewirtschaftung weiter zu verzahnen.
10. Rechtliche Hindernisse für mehr Tierwohl werden angegangen (Baugesetzbuch, TA Luft).
11. Die Ratifizierung des Mercosur-Abkommens durch alle Mitgliedstaaten der EU soll wesentlich davon abhängen, dass alle Parteien sich im Geiste des Abkommens verhalten. Die verbindlichen Regeln zu Arbeit, Umwelt und Klima müssen erkennbar eingehalten werden.
12. Zugehen auf die Kultusministerkonferenz – Schulbücher und Lehrmaterialien sollten die Realität der Landwirtschaft abbilden.

* <https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2019/244-landwirtschaftsdialog.html>,
5.12.2019, 12:08h